

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der Arbeiter in hädt. Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigungs-, Kanalisations-, Wasserwerke, Elektrizitätswerke etc.), auf Holz- u. Kohlenplätzen und sonstigen Arbeitsleute.

Publications-Organ

des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- u. Kohlenplätzen u. sonstigen Arbeitsleute.

Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnummer 10 Pfg.

Redaktion, Verlag und Expedition:
Franz Voerckh,
Berlin 26, Staligerstr. 141a

Insertate, die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 9.

Berlin, 1. Juli 1897.

1. Jahrg.

Kollegen! Werbet für Euren Verband und vergeßt den Agitationsfonds nicht!

An die Verbandsmitglieder!

Auf wiederholtes Verlangen hat die Expedition dieser Zeitung sich entschlossen, folgende Neuierung ins Leben zu rufen.

Verbandsmitglieder, welche in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf und Wilmerdorf wohnen, erhalten gegen eine Entschädigung von 15 Pfg. pro Vierteljahr die Zeitung in's Haus gesandt; Verbandsmitglieder, welche außerhalb dieser genannten Orte wohnen und die Zeitung in's Haus gesandt haben wollen, haben 25 Pfg. pro Vierteljahr zu entrichten. Diesbezügliche Bestellungen sind unter freier Einsendung des Betrages (Briefmarken werden in Zahlung genommen) an die Expedition, Berlin 26, Staligerstr. 141a zu richten.

Die Expedition.

Hohe Verbandsbeiträge — dauernde gewerkschaftliche Erfolge.

(Aus „American Federationist“.)

Während der Gewerkekrise, die seit 1893 in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika herrschte, verloren die Gewerkschaften eine große Anzahl ihrer Mitglieder. Dies geschah besonders in den Verbänden, welche infolge der Kurzzeitigkeit ihrer Mitglieder in den Zeiten verhältnismäßiger Lebhaftigkeit im Gewerbe verfehlten Mittel anzukammeln, um in Zeiten schlechten Geschäftsganges ihre Mitglieder unterstützen zu können. Aber auch viele der Mitglieder, welche nicht arbeitslos waren, gestatteten es sich, ihre Verbandsbeiträge schuldig zu bleiben, bis sie schließlich die Mitgliedschaft verloren. Es ist dies nur die Folge großer Unwissenheit und des falschen Glaubens, als würden die armseligen Pfennige, welche an Beiträgen gezahlt werden müssen, für deren Familien nutzbringender sein, wenn sie der Verbandskasse nicht zugeführt werden.

Das Gegenteil ist richtig. Es giebt schwerlich ein Gewerbe in irgend einem Orte des Landes, in dem nicht während der Krise Lohnkürzungen vorkamen, wenn die Arbeiter ihre Organisation vernachlässigten. Eine Umfrage an die Beamten der Verbände hat dies bestätigt. Nach den eingegangenen zuverlässigen Antworten ist aber auch auf der anderen Seite erwiesen, daß in Geschäftsmittelpunkten, in denen die Arbeiter die Organisation erhielten, nicht nur Lohnkürzungsversuche zurückgewiesen werden konnten, sondern auch trotz der Krise Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen und höhere Löhne erzielt wurden.

Viele Arbeiter glauben, besonders klug zu handeln, wenn sie die Verbandsbeiträge sparen, ohne zu bedenken, daß durch Erhöhung des Lohnes oder Befreiung von Mißständen im Betriebe die Beitragsleistung tausendmal ausgeglichen wird. Jetzt, da die Gewerkekrise vorüber, beginnen die Arbeiter des Landes sich wieder in größerer Zahl zu organisieren, um aus

dem besseren Geschäftsgang Vorteile zu ziehen. Während aber die Verbände, deren Mitglieder auch während der Krise treu zur Sache gestanden haben, ohne Weiteres die günstigere Periode ausnützen können, müssen die Arbeiter, welche ihre Organisationen aufgaben, die wertvollste Zeit mit dem Aufbau und dem Ausbau ihrer Verbände verlieren. Außerdem aber pflegt die Auflösung einer Organisation das Vertrauen zu derselben zu erschüttern und den Glauben an die Macht, sich selbst verteidigen zu können, zu schwächen.

Bei dem sich bemerkbar machenden Bestreben, die Organisationen wieder neu zu beleben und zu befestigen, sollten aber die Erfahrungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, verwertet werden. Die Arbeiterverbände sollen nicht Schiffe auf dem Meere des gewerblichen Lebens sein, die weiter getrieben werden durch schöne Besprechungen in den Zeiten, in denen das Gewerbe blüht, sondern sie sollen so fest sein, daß sie befähigt werden, den Wetterschauern und Stürmen, die eine Folge der verkehrten wirtschaftlichen Verhältnisse sind, zu trotzen. Sie sollen durch die braulenden Wellen sicher dahingehen, die Rechte der Arbeiter verteidigen, dem sich Mühenden die Erleichterung, dem Schaffenden die Erleichterung seiner Lage und dem Arbeiter Freiheit bringen.

Die Erfahrung lehrt, daß nur solche Verbände, die auf der Basis hoher Beiträge aufgebaut sind, ernsthafte Kämpfe zu überstehen vermögen und den Arbeitern Schutz gewähren. Es ist allerdings wahr, daß Verbände, welche diesem Grundsatze entsprechend aufgebaut sind, kein schnelles Wachstum aufzuweisen haben, doch wird man bei ihnen auch den Arbeitsgang und das langsame Dahinstehen nicht finden, wie es Organisationen aufzuweisen, die niedrige Beiträge erheben. Wenn Arbeiter aus Unwissenheit, oder aus irgend einer anderen Ursache sich weigern, einen angemessenen Beitrag für den Verband zu leisten, so kann dieser keinen Einfluß gewinnen und in wirksamer Weise keinen Kampf führen. Es giebt keine märchenhaften oder geheimnisvollen Gegenden, aus denen den Verbänden Mittel zufließen, sondern es giebt nur einen Weg, auf welchem die Verbände sich ein Vermögen beschaffen können, um zu jeder Zeit ein Vollwerk zum Schutze der Mitglieder zu bilden, und dieser Weg ist die Zahlung eines angemessenen Beitrages.

Es ist eine bemerkenswerthe Thatsache, daß die Arbeiter, welche die geringsten Verbandsbeiträge zahlen, am lautesten sind mit ihrem Verlangen nach finanzieller Unterstützung, wenn sie gezwungen werden, in einen Kampf einzutreten, und dann am ersten geneigt sind, die Verbände der Worthlosigkeit zu zeihen, wenn ihnen auf ihr Ruf nicht die erwünschten Geldsummen zufließen. Die wirksamste Hilfe ist die gegenseitige Hilfe, und diese ist nur möglich, wenn Jeder ein angemessenes Teil dazu beitragen will, die Mittel aufzubringen, mit denen die Interessen Aller und eines Jeden vertreten und verteidigt werden können. Durch Jahre lange Beobachtung in dem Kampfe um die Rechte der Arbeiterklasse hat sich ergeben, daß es ein großer Fehler ist, für die Organisationen geringe Beiträge zu zahlen.

Ein weiterer Fehler ist, wenn bei dem Gründen von Verbänden die Zahlung höherer Beiträge auf die Zukunft verschoben wird. Man hört man die Meinung, daß der Verband

noch klein sei und darum niedrigere Beiträge erheben müsse. Wenn erst die Mitgliederzahl größer sei, dann würden auch die Beiträge erhöht werden. Es ist aber eine Tatsache, daß in Verbänden, die mit niedrigen Beiträgen begonnen haben, es sehr schwer ist, die Beiträge zu erhöhen, wenn die Mitgliederzahl größer geworden ist. Dagegen findet man, daß in Verbänden, die verhältnismäßig hohe Beiträge erheben, die Mitglieder die hieraus entspringenden Vorteile erkennen und leichter zustimmen, wenn eine Beitragserhöhung notwendig wird, nicht allein, weil sie hoffen, sondern weil sie davon überzeugt sind, daß ihnen hieraus Vorteil erwächst.

Bei Verbänden mit geringen Beiträgen findet sich oft in kurzer Zeit eine große Mitgliederzahl zusammen. Zu leicht nur pflegen diese dann die eigene Kraft zu überschätzen und die Macht der Gegner zu unterschätzen. Wenn der Kampf begonnen, dann ist es zu spät, den erkannten Fehler gut zu machen. Die Organisation unterliegt und wird vielleicht zur Auflösung gezwungen und die Arbeiter werden in ihrer Lebenshaltung tiefer herabgedrückt als sie früher standen. Ihr Vertrauen schwindet und oft scheint es unmöglich, eine neue Organisation zu schaffen. Die Verbände sollen nicht auf dem Sand geringer Beiträge, sondern auf dem Diamantfelsen angemessener Beitragsleistung gebaut werden. Dann wird das Schwanken in dem Bestande der Mitglieder aufhören, die Verbände werden an Macht und Größe zunehmen, das Selbstvertrauen wird wachsen und der Tag der Freiheit näher rücken.

Verbandsteil.

Vor Kurzem ist den Ortsverwaltungen ein Blatt, betitelt „Zu schneller Orientierung“ zugesandt worden, welches in das Mitgliedsbuch eingeklebt werden soll. Die Ortsverwaltungen haben für die Erledigung dieser Angelegenheit Sorge zu tragen; wo dieselben dieses unterlassen, sollen die Mitglieder das Blatt vom Vorstande verlangen. Dasselbe hat folgenden Inhalt:

Zu schneller Orientierung.

1. Alle Beiträge werden durch Marken quittiert. Einzel-Mitglieder beziehen dieselben, wie auch alle Unterstützungen vom Hauptkassierer resp. von den eingesetzten Vertrauensleuten.

2. Erkrankte Mitglieder, welche auf die Kranken-Unterstützung Anspruch machen wollen, haben sich beim Beginn der Krankheit sofort an die von den Ortsverwaltungen resp. den Vertrauensleuten bekannt gegebenen Stellen unter Vorzeigung des Krankenscheines und des Mitgliedsbuches als krank zu melden, damit eine Krankenkontrolle möglich ist. — Erkrankte Mitglieder, welche dies unterlassen, erhalten keine Kranken-Unterstützung.

Das bezogene Krankengeld ist von dem Auszahlenden im Mitgliedsbuch (hintere Seiten) einzutragen.

3. Mitglieder, welche verziehen, auf Reisen gehen oder einer anderen Verwaltungsstelle beitreten, haben sich bei dem Kassierer ab- und anzumelden. Dies muß durch Stempelvermerk und Eintragung im Mitgliedsbuch bestätigt werden. (Siehe letzte Seiten des Mitgliedsbuches.) Mitglieder, welche dies versäumen, setzen sich der Gefahr aus, daß ihnen die Auszahlung von Unterstützungen verweigert wird.

4. Alle Beschwerden über die Ortsverwaltungen sind an den Hauptvorstand, über diesen an den Verbands-Ausschuß zu richten.

Jedes Mitglied übernimmt die Verpflichtung, für die Ausbreitung des Verbandes und die Bildung neuer Verwaltungsstellen mit ganzer Kraft Sorge zu tragen.

Der Hauptvorstand.

Bei dem Hauptkassierer sind folgende Gelder von den Verwaltungsstellen eingelaufen: Nixdorf 21, Königsberg 18,35, Erfurt 20, Mannheim 60, —, Hamburg 40, — M.

Wir bitten die Ortsvorstände, Gelder stets nur an den Hauptkassierer: G. Bensch, Berlin N., Adlerstr. 112. Seitenflügel IV senden zu wollen, damit nicht Irrtümer vorkommen. Ferner bitten wir um baldige Einsendung der Quartalsabrechnungen. Die gesammelten Gelder für den Agitationsfonds sind gleichfalls an den Hauptkassierer abzuführen und wird über die eingelaufenen Listen von Zeit zu Zeit hier quittiert werden. Etwaige Reklamationen betreffs unrichtiger Leitung der eingelaufenen Gelder wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einreichen.

Der Haupt-Vorstand.

J. A.: Dr. Poersch, Berlin 26,
Stallgärtstraße 141a, IV.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 22. Juni tagte hier eine öffentliche Versammlung der Gasarbeiter, die sich eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen hatte. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Ist die Arbeit in der Reinigung schädlich und um wieviel Uhr soll dieselbe beginnen?“ ergriff Poersch das Wort. Er führte zunächst aus, daß vor Kurzem eine Konferenz von Gasarbeitern getagt hat, an der Leute beteiligt waren, die bereits über 20 Jahre in den Gaswerken tätig sind. Dieselbe erörterte eine ganze Reihe von Missetänden, welche in den Anstalten bestehen und hat zur Beseitigung derselben Vorschläge gemacht, die sie der heutigen Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet. Es geschähe dieses namentlich deshalb, weil eine Erörterung und weitgehendere Diskussion in einer öffentlichen Versammlung nicht gut möglich ist. Die Leistungen der Gasanstalten maßregeln zwar direkt keinen Arbeiter wegen seiner Tätigkeit für die Bewegung, aber sie entlassen diese Personen angeblich wegen „Mangel an Arbeit“. Redner führt dann weiter aus: Seit Jahren wird von den Arbeitern darüber Klage geführt, daß die Arbeit in der sogenannten Reinigung gesundheitschädlich sei. Alle Klagen haben bis jetzt nichts gefruchtet, trotzdem immer wieder und wieder Chnuchtsanfalle vorgekommen und viele Arbeiter dieserhalb ihre Entlassung nahmen. Erst in letzter Zeit wurde bei einem Arbeiter der städtischen Anstalt IV, der längere Zeit in der Reinigung tätig war und eines Tages zusammenbrach, von den Ärzten des städtischen Krankenhauses Friedrichshau Kohlenoxydgasvergiftung konstatiert. Eine vollständige Heilung dieses Kranken ist bisher nicht möglich gewesen und die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke weigert sich, mit der Mitwirkung, dem Erkrankten eine Rente zu zahlen, daß es sich um eine Gewerbestrafbildung und keinem Unfall handle. Diese ganzen Vorkommnisse veranlaßten den Verbandsvorstand, an die Deputation der Gaswerke das Ersuchen zu richten, geeignete Maßregeln zu treffen, um einigermaßen das Leben der betreffenden Arbeiter zu schützen. Die Deputation hat darauf auch Abhilfe versprochen, es ist jedoch bis jetzt solche nicht erfolgt. Da nun die Arbeiter gleich früh morgens in die Reinigung hineinkämen und es vielen durch die Einatmung der Gase ganz unmöglich ist, an diesem Tage Nahrung zu sich zu nehmen, so habe die erwähnte Konferenz den Vorschlag gemacht, daß die Arbeit in der Reinigung vor 8¹/₂ Uhr morgens nicht beginnen darf, damit die Arbeiter wenigstens noch Frühstück zu sich nehmen könnten. — Nach einer längeren Diskussion, an der sich besonders Kurras beteiligte, wird einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute bei Buske, Grenadierstr. 33. tagende öffentliche Versammlung der Berliner Gasanstalts-Arbeiter spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß, trotz wiederholter Bitten und Gesuche, in der Reinigungsarbeit der meisten städtischen Anstalten im. er noch keine Veränderungen geschaffen worden sind.“

Sie ersucht daher den Verbands-Vorstand, bei der Deputation der städtischen Gaswerke anzufordern, welche Resultate die fernereit versprochene Untersuchung ergeben hat.

Die Versammlung beauftragt ferner die Arbeiter-Ausschüsse der städtischen Anstalten, in der nächsten Sitzung den Antrag zu stellen, daß die Arbeit in der Reinigung vor 8¹/₂ Uhr Morgens nicht beginnen darf und weitere Arbeit an diesem Tage nicht stattfinden zu lassen.“

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Sollen die Kohlenfarrer und die Arbeiter der Wagenkolonne in Alford oder Vohn arbeiten und welchen Lohn fordern sie eventuell?“ führt Poersch folgendes aus: Man müßte annehmen, da alle 5 Berliner städtische Anstalten unter ein und derselben Leitung stehen, daß auch in allen Werten gleiche Verhältnisse vorhanden sind. Dieses sei jedoch keineswegs der Fall. In der Anstalt Stralauerplatz arbeiteten z. B. die Kohlenfarrer in Alford und verdienen in 6¹/₂ Tagen 21 M., in der Anstalt Danzigerstraße arbeiten dagegen diese Arbeiter in Tagelohn und zwar erhielten sie 5 M. täglich. Was in der einen Anstalt möglich ist, muß auch der anderen möglich sein und es sollen daher gleiche Verhältnisse in allen Anstalten geschaffen werden. Die Versammlung nimmt darauf eine Resolution, welche die Arbeiter-Ausschüsse beauftragt, in der nächsten Sitzung den Antrag zu stellen, daß betreffs der Kohlenfarrer und der Arbeiter der Wagenkolonne dieselben Lohnverhältnisse in allen städtischen Anstalten geschaffen werden, wie sie in der Anstalt IV (Danzigerstraße) bestehen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Warum erhielten wir früher von den städtischen Anstalten das Brennmaterial viel billiger als heute, und warum erhalten in einigen Anstalten die Unterbeamten gegenwärtig das Brennmaterial zu niedrigeren Preisen“

als die Arbeiter?" berichtet Poersch, daß früher die Arbeiter der städtischen Anstalten den reinen Koaltpreis für 50 Pf. erhielten, heute aber für denselben Preis nur Schlackenpreis bekommen. Diese Veränderung ließe sich nicht rechtfertigen, zumal die Ueberschüsse der Anstalten in den letzten Jahren immer größer geworden sind. Auch sollen in einigen Anstalten Unterbeamte ihr Brennmaterial zu billigeren Preisen beziehen, als die Arbeiter. Von dem letzten Umstande werden die Direktionen wohl nichts wissen, sondern dieses lediglich eigenmächtige Handlungen der betreffenden Personen sein. — An der Diskussion beteiligte sich Kurras und andere, und wird folgender Antrag angenommen: „Die Arbeiter-Ausschußmitglieder werden beauftragt, in der nächsten Sitzung den Antrag zu stellen, betreffs des Brennmaterials, welches die Arbeiter von der Anstalt beziehen, die früher geltenden Bestimmungen wieder herzustellen.“ — Darauf behandelt Poersch den 4. Punkt der Tagesordnung: „Wird der Vorarbeiter Wiesner in der Anstalt Gutschirerstraße von den Arbeitern oder der Direktion bezahlt?" Er führt im Allgemeinen das aus, was dieserhalb bereits in der letzten Nummer der „Gewerkschaft" zu lesen war. — In der Diskussion verlangt ein Meister einer städtischen Anstalt darüber nochmals nähere Auskunft, ob wirklich der Wiesner nur Kolonnenführer sei und keinen höheren Posten bekleide. Als darauf befragt wird, daß Wiesner nur den Kolonnenführer mache, erklärt der betreffende Meister, daß in seiner Anstalt ein solcher Zustand nicht bestehe und auch er denselben für unrichtig halte. Besondere Heftigkeit erregt es, als ein Diskussionsredner zur Charakterisierung des Wiesner mittelst, daß früher an der Thüre des Genannten zu lesen stand: Wiesner, „Kohlenassistent." — Dann wird von einigen Diskussionsrednern noch ausgeführt, daß in einer Anstalt (II?) Unterbeamten vorhanden sind, die, wenn man ihnen ein Zehnmarkstück in die Hand drücke, oder doch reichlich mit Getränken traktire, für gut bezahlte Arbeit sorgen. Ferner wird getabelt, daß in einigen städtischen Anstalten bei Affordarbeiten den Arbeitern nie gesagt wird, was sie für Preise erhalten. Dringen die Arbeiter darauf, so antwortet man: „Arbeiten Sie nur, dann werden Sie schon nachher erfahren, was Sie verdient haben." Dieses sei um so mehr zu verurtheilen, als eine städtische Körperlichkeit, das Einigungsamt des Gewerbegerichts, sich bei den Erhebungen betreffs der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie dafür ausgesprochen habe, daß gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, welche die Konfektionäre resp. Zwischenmeister zwingen, vor Beginn der Arbeit die Affordpreise zu nennen, nun aber ihre dies die Leitung eines der größten städtischen Betriebe selber nicht, ja weigere sich hartnäckig dieses zu thun. Schließlich wird zum 4. Punkt der Tagesordnung folgende Resolution angenommen:

„Die bei Buske tagende Versammlung der Berliner Gasanstaltsarbeiter verurtheilt auf das entschiedenste das Verhalten der Direktion der Anstalt II (Gutschirerstraße), welche sich hartnäckig weigert, ihren Arbeitern, den Kohlenkarren, Auskunft über das Arbeitsverhältnis bezüglich des Verdienstes zu geben und darüber, ob der Vorarbeiter Wiesner von der Direktion oder von den Arbeitern bezahlt wird. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, dieshalb bei der Deputation der städtischen Gaswerke vorstellig zu werden.“

Dann wurden noch die Mißstände in der englischen Anstalt, Holzmarktstraße, einer heftigen Kritik unterzogen. In der betreffenden Anstalt soll der Inspektor Kessel, obgleich dieses gesetzlich verboten, einen Bierhandel betreiben. Der Verbandsvorstand hat dieshalb zwei Schreiben an die Direktion gerichtet, aber gar keine Antwort darauf erhalten; daher wurde diese Angelegenheit der Gewerbeinspektion unterbreitet, um die Bestrafung des Inspektor Kessel herbeizuführen. — Unter „Verschiedenes" gelangte ein Antrag zur Annahme, nachdem ein Generalfonds für Berlin geschaffen werden soll, zu dem jeder Gasanstaltsarbeiter wöchentlich mindestens 5 Pf. beizutragen hat, um die Unkosten für die öffentliche Agitation decken zu können. Mit einem Hoch auf die Bewegung wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Berlin. In der am 18. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Holz- und Bretterträger hielt Genoss. Hoffmann einen Vortrag über „Gesinde und Gesinde", der beifällig aufgenommen wurde. Von einer Diskussion nahm man Abstand. Dann wurde Kollege H. Harnisch zum Delegirten der Berliner Gewerkschaftskommission gewählt und Kollege Benck als Stellvertreter unter „Verschiedenes" wurden die Firmen Gustav Schulze und Gebr. Schäfer einer scharfen Kritik unterzogen. Die Firmen Heitmann und Wollheim sollen bei den Ausladen der Bühne gänzlich ungenügende Vorrichtungen haben; die

Firmen Adernann u. Stod, Schieler u. Hellgendorf sollen ihren Arbeitern Hungerlöhne zahlen. Die Versammlung war gut besucht.

Erfurt. Am 19. d. Mts. fand im Verbandslokal „Cardinal" eine öffentliche Versammlung mit der Tages-Ordnung: 1. Warum müssen wir uns organisiren? 2. Wahl eines Vertrauensmannes; 3. Verschiedenes, statt. Als Referent fungirte Genosse Koal. Nachdem die Bureauwahl erfolgt, wurde dem Referenten das Wort zum Vortrag ertheilt. Im Wesentlichen führte derselbe aus, daß gerade in Erfurt die Organisation den Arbeitern nicht dringend genug anzurathen wäre, indem hier durch die vorgeschrittene Technik, sowie die maschinelle Kraft der Arbeiter seitens der Arbeitgeber in den Hintergrund gestellt wird. Es wurde hierbei das traurige Verhältnis der Weber und sonstiger Berufszweige betont. Auch wurde betont, daß es wohl Arbeiter giebt, welche sich sagen, doch nur einen vergeblichen Kampf zu führen, dies sei jedoch grundverleht, indem es bei den heutigen Verhältnissen eines jeden Einzelnen heiligste Pflicht sei, auch für die Nachkommen Sorge zu tragen, denn kommen würde der Zeitpunkt sicher, wo sich das Proletariat seines schwer erkämpften Sieges erfreuen dürfte. Ferner wurden die Arbeitgeber-Verbände erwähnt, welche ihrer Sache bedeutend sicherer wären als die Arbeiter. Im weiteren wurde den Kollegen hauptsächlich die Einzelagitatorien angerathen. Wenn ein jeder Einzelne nur einen Mann zur Organisation bringe, dann könne der Verband eine Macht werden, auch müsse die Partypressen, welche das einzig wahre Organ der Arbeiter sei, mehr als bisher beachtet werden. Ferner bemerkte der Referent in seinem hochinteressanten Vortrage, die uns bevorstehende prächtige Vereinsgenossenschaft, wonach den jungen Genossen unter 21 Jahren das fernere Verbleiben in Gewerkschaften und dgl. verlehrt werden soll, jedoch wenn es gilt, das in Gefahr schwobende Vaterland zu verteidigen, den sogenannten grünen Zungen die Mannsrechte zuerkannt werden, aber doch nur für die Zeit der Gefahr; hat dann der Noth seine Schuldigkeit gethan, wird er wieder gehen können, und grüne Zungen sind sie immer noch, ob Glied: erschaffen oder nicht, wenn sie nicht das von den Gesetzgebern festgesetzte Alter haben. Nach nochmaliger Aufforderung des Referenten, der Organisation sich so viel als möglich anzuschließen, endet der Referent Koal seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nachdem zur Diskussion sich Gegner nicht zum Worte meldeten, statete der Vorsitzende seinen Dank im Austrage der Versammlung für den hochinteressanten Vortrag ab. Dann wurde zum 2. Punkt der Tages-Ordnung übergegangen und zwar zur Wahl eines Vertrauensmannes. Es wurde hierbei hauptsächlich hervorgehoben, für solche Aemter nur solche Leute zu wählen, welche in Wirklichkeit im Stande sind, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Als Vertrauensmann der Gewerkschaft der Gas- und Wasserwerke wurde Kollege Kellner gewählt. In Punkt 3 der Tages-Ordnung „Verschiedenes" wurde nach einigen persönlichen Bemerkungen betont, daß die Kollegen, welche gegenwärtig einige Groschen mehr als ihre Kollegen verdienen, den Kollegen schwinden lassen sollen, dafür lieber den geringeren Kollegen aufzuhelfen, dem Verband treu anzugehören. Es wurde auch hervorgehoben, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn die vielen kleinen Organisationen zu einer großen ganzen verschmolzen würden. Nachdem ein begeistertes Hoch auf die Arbeiterbewegung erfolgte, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen. Es wurden nach Schluß der Versammlung mehrere neue Mitglieder aufgenommen.

Aus unserem Berufe.

In der Arbeitsordnung der Berliner städtischen Gasanstalten ist unter Anderem auch die Bestimmung vorhanden, daß den Arbeitern bei Affordarbeiten vor Beginn der Arbeit der Affordpreis zu nennen ist. Trotz dieser Bestimmung weigern sich in einigen Anstalten die Leitungen hartnäckig (siehe den Berliner Versammlungsbericht in der heutigen Nummer) den Arbeitern die Affordpreise zu nennen. — Will die Deputation der städtischen Gaswerke resp. die Betriebs-Direktion vielleicht so freundlich sein und die Anweisung an die Leitungen der einzelnen Anstalten ergehen lassen, daß die Bestimmungen der Arbeitsordnung auch respektirt werden? — Es ist doch wirklich ungeschön, daß Leute, die sich „Freiwillig" nennen, so mißthätigen. — Ist es angesichts solcher Thatfachen ein Wunder, daß der „Freiwillig" immer mehr und mehr zurückgeht und zu einer unbedeutenden Partei zusammengedrückt ist, wenn er nach „Stummischen" Rezepten arbeitet?!

Bei dem Hauptvorstande lief von der Deputation der Berliner städtischen Gaswerke folgendes Schreiben ein:

Deputation
der
Städtischen Gaswerke.
Berlin, den 22. Juni 1897.
C, Klosterstr. 68.

Im Anschluß an unser Schreiben vom 18. April d. J. theilen wir Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die angestellten Chemischen Untersuchungen über die Beschaffenheit der Luft in den Reinigungs- und Regenerirhäusern der städtischen Gasanstalten in keiner Weise einen Anhalt dafür gegeben haben, daß die Arbeit daselbst mit der Einatmung von schädlichen Gasen, besonders von Kohlenoxydgas oder mit sonstigen Nachtheilen für die Gesundheit der Arbeiter verknüpft ist.

Deputation der städtischen Gaswerke.
Ramslau.

An den Hauptvorstand
des Verbandes der Arbeiter in
Gasanstalten, auf Holz- und
Kohlenplätzen, und sonstiger Ar-
beitsteile,
i. U. des Herrn Bruno Voersch
hier.

Wir wissen beinahe nicht, was wir zu dieser Antwort sagen sollen. Wenn es sich thatsächlich so verhält, wie die Deputation in ihrem Antwortschreiben sagt woher kommt es dann z. B., daß der Arbeiter Anton Wieduba am 9. November 1896 in Folge längerer Arbeit in der Reinigung der Anstalt Danzigerstraße an Kohlenoxydgasvergiftung erkrankte, bis heute nicht geheilt ist und die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke die Gewährung einer Rente mit der Notwirkung ablehnt, daß die erwähnte Krankheit keinen Unfall darstelle, sondern eine Gewerbekrankheit sei? Woher kommt es ferner, daß fortgesetzt Arbeiter aufhören, sobald sie zur Reinigungsarbeit kommandirt werden? So z. B. vor kurzem eine größere Anzahl in der Anstalt Gitschinerstraße. — Jedenfalls wird die Deputation der städtischen Gaswerke zugeben müssen, daß uns ihre Antwort angeht, der geschilderten Umstände nicht befriedigen kann. Wahrscheinlich werden in aller nächster Zeit weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternommen, um vollständige Klarheit zu schaffen.

Berichtigung.

In der letzten Nummer dieser Zeitung hat sich in der letzten Zeile des Artikels „36 Versammlungen“ ein Druckfehler eingeschlichen. Es soll nicht heißen: Organisation, sondern Opposition.

An die Berliner Gasarbeiter!

Wir sehen uns veranlaßt, unser Bedauern darüber auszusprechen, daß der Vorstand der Verwaltungsstelle Berlin II (Gasarbeiter) bisher keine Regelung in der Krankengeld-Auszahlung geschaffen hat. Wir meinen, daß, wenn man Posten übernimmt, auch diese voll und ganz auszufüllen verpflichtet ist. — Daher haben wir eigenmächtig die Anordnung getroffen, daß das Krankengeld von jetzt ab alle Freitag, Abends von 8-9 Uhr, bei Preuß, Neue Friedrichstr. 20, ausgezahlt wird. Mitglieder, welche noch Ansprüche auf Krankengeld haben, müssen sich dort melden, und in der Vorstand verpflichtet, diesen, falls sie unnötige Unkosten durch die Lässigkeit gehabt haben, dieselben zu ersetzen.

Der Hauptvorstand.

An die Berliner Gasarbeiter.

Bei Schröder, Briggerstraße 1 und bei Mirisch, Gitschinerstraße 57 sind neue Zahlstellen errichtet worden.

Das Krankengeld wird von jetzt ab alle Freitag, Abends von 8-9 Uhr, bei Preuß, Neue Friedrichstr. 20, ausgezahlt. Nach dem Beschluß der am 22. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung hat jeder Gasanstalts-Arbeiter wöchentlich mindestens 5 Pf. an den Generalfonds abzuführen. Zu diesem Zweck werden in Kürze Sammellisten resp. Marken ausgegeben werden.

An die Berliner Mitglieder!

Die Verbands-Zeitung ist für die Mitglieder regelmäßig nach ihrem Erscheinen in den Zahlstellen zu haben.

Der Vorstand.

Für Berlin und Umgegend sind zur Aufnahme neuer Mitglieder und zur Zahlung der Beiträge folgende Zahlstellen errichtet worden:

Für Gasanstaltsarbeiter:

Grauer, Luisen-Ufer 53.	Schöneberg:
Mirisch, Gitschinerstr. 57.	Obst, Grünwaldstr. 110.
Schröder, Briggerstr. 1.	Rixdorf:
Müller, Holzmarktstr. 33.	Schulz, Bergstr. 33.
Thieme, Danzigerstr. 78.	Richnow, Karlsgarten 5.
Drachsel, Senefelderstr. 4.	Deutsch-Wilmersdorf:
Klädde, Marienburgerstr. 47.	Rlingenberg, Berlinerstr. 40.
Gleiner, Müllerstr. 7a.	Sonnabends von 6-8 Uhr.
Charlottenburg:	Weißensee:
Bayer, Ballstr. 96 u. Blume,	Frenß, Königs-Chaussee 41.
Reppelerstr. 9.	Schulz, Sobierstr. 50.

Für Arbeiter auf Holz- und Kohlenplätzen:

Hartmann, Lindenwalder- straße 11.	Kummer, Mühlenstr. 36.
Lübner, Yorstr. 37.	Wendisch, Fruchtstr. 54.
Pletsch, Wienerstr. 41.	Gienich, Hübnersdorferstr. 67.
Maier, Südbenerstr. 30.	Bahnke, Bernauerstr. 46-47.
	Stojahn, Paulstr. 19.

An die Charlottenburger Mitglieder!

Das Krankengeld wird von jetzt ab, laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 3. d. Mts., Sonnabends, Abends zwischen 7-8 Uhr, bei Blume, Reppelerstr. 9 ausgezahlt.

Ein Teil der Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle ist mit seinen Beiträgen im Rückstande. Dieselben werden ersucht, im Interesse unserer gerechten Sache, die Beiträge pünktlicher zu entrichten.
Der Ortsvorstand.

Versammlungs-Kalender.

Berlin. Holz- und Kohlenarbeiter. 11. Juli, Alte
Jakobstr. 83, Abends 6 Uhr.
Charlottenburg. 15. Juli, Ballstr. 96.
Rixdorf. 28. Juli, Bergstr. 33. Tagesordnung: Wie stellen
sich die Mitglieder zu einer Herrenpartei?
Schöneberg. 7. Juli, Grünwaldstr. 110.

Sieben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen
zu beziehen:

Bruno Voersch:

Woran krankt

die deutsche Gewerkschaftsbewegung?

Ein zeitgemäßes Wort mit besonderer
Verächtlichmachung der Arbeitslosen-Unterstützungsfrage.

Preis 15 Pfg.

Verlag von Joh. Saiszenbach, Berlin 4.

Diese Broschüre kann auch durch die Expedition dieser
Zeitung (Fr. Voersch, Berlin 26, Skalitzerstr. 141a, IV.)
bezogen werden.

Sämtliche Arbeiter-Literatur kann durch

Bruno Voersch,

Berlin 26, Skalitzerstraße 141a

bezogen werden.

Verkehrslokale.

Jährliches Inserat an dieser Stelle 350 M., bei freier Zulassung
der Zeitung 5 M. Die Aufnahme geschieht nur gegen Voraus-
bezahlung.

Restaurateurs u. d. d. denen die Arbeiter in Gasanstalten u.
verkehren, können an dieser Stelle zu den oben angegebenen
Bedingungen ihre Lokalitäten in Erinnerung bringen.

Verantw. Redakteur: Bruno Voersch, Berlin, Skalitzerstr. 141a.
Druck: Maurer & Dimmig, Luisen-Ufer 11.